

## Editorial

Alljährlich, wenn der 9. November herannaht, ist bald auch die Rede vom „Schicksalstag der Deutschen“. Novemberrevolution, Hitlerputsch, der geplante KPD-Aufstand, Pogromnacht und der Fall der Berliner Mauer stehen zwar nicht losgelöst voneinander im historischen Raum, doch Interpretationsgelüste von heutigen Deutern entspringen häufig einem hinterhereilenden Bedürfnis, sich auf Zeitgeisthöhe zu befinden, und nicht dem Bemühen, die Geschehnisse einzuordnen, zuzuordnen und damit einem solchen, in mehrfacher Hinsicht bedeutenden Tag gerecht zu werden.

Doch es sind nicht nur bestimmte Tage, in denen sich Geschichte verdichtet. Es sind auch die Jahreszahlen, die zum Nachdenken herausfordern. In Tschechien ist mit 2008 gerade ein „8er Jahr“ zu Ende gegangen, in dem sich die Tschechen ausgiebig ihren „Schicksalsjahren“ widmeten: 1918 – 1938 – 1948 – 1968. In Deutschland steht nun ein „9er Jahr“ an: 1919 – 1949 – 1989. In welchem Verhältnis stehen die Gründung der Weimarer Republik, die Doppelgründung von Bundesrepublik und DDR sowie am Ende der Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung? Gibt es hier historische Bezüge? Welche aber wären das? Sicher ist, daß es in all diesen Auseinandersetzungen um eine Kernfrage ging, um die „Systemfrage“. Demokratie oder Diktatur lautet daher der Schwerpunkt dieser ZdF-Ausgabe.

Jede Geschichte hat ihre Vorgeschichte. Dem Ende des deutschen Kaiserreiches ging das Ende des Alten Reiches 1806 voraus. War das Alte Reich nur ein politisches Gebilde voller Wunderlichkeiten wie der Ewige Reichstag zu Regensburg, bar jeder politischen und geistigen Kohärenz? Peter März spannt einen beeindruckenden Bogen vom ausgehenden 18. Jahrhundert zu den Montagsdemonstranten von Leipzig, wo im Herbst 1989 die Losung „Wir sind das Volk!“ bald schon von „Wir sind ein Volk!“ abgelöst wurde. Das hatte Wurzeln. März zeigt, wie über alle konfessionellen, landsmannschaftlichen und später ideologischen Gräben hinweg die Idee der Nation in Deutschland lebendig blieb – geboren und wachgehalten vom völlig zu Unrecht belächelten Alten Reich, dessen Wirken Preußen später so erfolgreich diskreditiert hat. Im DHM gibt es zwar Pickelhauben in großer Zahl, die Stein- und Hardenbergschen Reformen sind auch präsent, aber die Beiträge der süddeutschen Staaten zur Modernisierung bleiben marginalisiert.

Alfred Döblins großes Opus über die Novemberrevolution von 1918 ist gerade neu aufgelegt worden und hat viel Beachtung in den Feuilletons gefunden. Nationalversammlung oder die Herrschaft der Räte? Manfred Scharrer blickt auf das Berlin der Jahreswende 1918/19 zurück. Mancher deutsche Sozialist hätte es in jenen Tagen gerne wie in Rußland gehabt, allen voran Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Insbesondere Rosa Luxemburg ist heute eine Ikone und Märtyrerin der Linken. Trotz ihres Diktums von der Freiheit als „Freiheit der Andersdenkenden“, trotz ihrer Kritik an der bolschewistischen Politik, je näher die Möglichkeit einer Machtübernahme in Deutschland rückte, um so mehr geriet ihr die Diktatur des Proletariats zur Demokratie im sozialistischen Sinne. Der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der im Dezember 1918 im Preußischen Landtag, dem heutigen Berliner Abgeordnetenhaus, tagte, sprach sich dennoch mit deutlicher Mehrheit für die Einberufung einer Nationalversammlung aus und damit für Demokratie und gegen eine Diktatur nach russischem Muster. Für Luxemburg waren die gewählten Delegierten fortan „Eberts Mamelucken“. Warum es im Abgeordnetenhaus von Berlin, wo dieser Kongreß der aufrechten Arbeiter und Soldaten tagte, nach wie vor keine angemessene Würdigung ihrer Entscheidung für die Weimarer Republik gibt, ist kaum zu begreifen.

Weil man nach 1945 nicht umstandslos an Weimar anknüpfen konnte, unterscheidet sich das Grundgesetz deutlich von der Weimarer Reichsverfassung. Die Bundesrepublik hat sich tatsächlich neu begründet. Hubertus Buchstein weist darauf in seinem Beitrag hin, und er erinnert an drei Persönlichkeiten der neopluralistischen Demokratietheorie, die heute zu Unrecht in den Hintergrund gerückt sind: Ernst Fraenkel, Otto Suhr und Franz Leopold Neumann. Sie waren Vordenker und frühe Wegbegleiter des bundesrepublikanischen Demokratiemodells, aber auch Professoren, deren Namen aufs engste mit der Gründung der Freien Universität Berlin verbunden sind. Diese Gründerväter sollten nicht in Vergessenheit geraten, wenn die Freie Universität im Dezember 2008 ihren sechzigsten Geburtstag begeht. Nicht in Vergessenheit geraten dürfen vor allem jene jungen Leute, die in den Anfangsjahren dem SED-Regime aktiven Widerstand entgegengesetzten und das mit hohen Zuchthausstrafen oder in vielen Fällen sogar mit ihrem Leben zu büßen hatten. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellten jüngst ein Buch vor, in dem die Oppositionellen und Widerstandskämpfer der ersten Stunde als unverbesserliche Nazis diffamiert werden. Dem widersprechen Gerhard Finn und Jochen Stadt in ihren Beiträgen.

Nicht alle Fluchten gingen von Ost nach West. Wer die umgekehrte Richtung einschlug, mußte dafür mehr oder weniger gute Gründe haben. Ein schwarzer Panther im Kofferraum des ehemaligen SDS-Vorsitzenden Helmut Schauer hatte reichlich Gründe, auf einen Baum zu klettern und sich via Kaiserslautern in die Arme der Stasi zu begeben. Ob er den Wunsch, DDR-Betriebe zu besichtigen und Kontakt zur DDR-Bevölkerung aufzunehmen, aus Höflichkeit oder Unbedarftheit äußerte, läßt sich heute nicht mehr klären. Aber nicht nur flüchtige Afroamerikaner hatten mitunter seltsame Ansichten über den „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“, auch Zeitgenossen, die es immer schon ganz genau wußten, pflegen bis heute den unverstellten Blick auf bessere Zeiten in der sozialistischen Heimat DDR. Die von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder präsentierten Kommentare und Leserbriefe, die sie nach der Veröffentlichung ihrer Schülerumfragen über das Schulwissen zur DDR erhielten, sprechen Bände.

Bände ließen sich auch mit den Berichten füllen, die aus deutschen Botschaften seit über hundert Jahren in die Heimat gesandt worden sind. Otto Wenzel befaßt sich allerdings mit einer hochinteressanten Phase der Berichterstattung aus der deutschen Botschaft in Moskau, nämlich dem Zeitraum zwischen der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Steffen Alisch beschließt mit einem dritten Teil seine umfassende Darstellung über die Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“. Dort wurden bis 1989 auch Ökonomen aus befreundeten Ländern der Dritten Welt ausgebildet. „Antiimperialistische Solidarität“ war aber nicht auf den Export des Wissens über das sozialistische Wirtschaftssystem der DDR beschränkt. Die Militärhilfe für Dritte-Welt-Staaten gehörte auch zum Repertoire der sozialistischen Weltbeglückung. Klaus Storkmann untersucht, wie das konkret vonstatten ging.

Zu guter Letzt enthält diese Ausgabe auch wieder zahlreiche Rezensionen von empfehlenswerten, leidlichen und schlechten Büchern. Für jeden Geschmack ist etwas dabei, und in Zeiten der Rezession entspannt eine gute Rezension doch allemal mehr als die Lektüre des Wirtschaftsteils, welcher Zeitung auch immer. Einen entspannten Jahresausklang wünscht die Redaktion hiermit allen treuen, aber auch den untreuen Lesern, in der Hoffnung auf Besserung im kommenden Jahr der Jubiläen, die unser Herz bewegen.

*i. A. Thomas Gerlach und Jochen Stadt*